

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 30

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 28. Juli 1950

Die schwache Bausaison und die Wohnraumfrage

Im heurigen Frühjahr hegte man große Hoffnungen für die kommende Bausaison, von der man sich vor allem einen starken Abbau der Arbeitslosigkeit und eine kräftige Belebung der allgemeinen Wirtschaft erwartete. Ebenso hofften alle Bauwilligen und jene, denen die wirtschaftliche Lage eine Fertigstellung ihrer Bauvorhaben unmöglich gemacht hatte, daß die heurige Bausaison eine Erleichterung in der Finanzierung und einen Baubeginn oder eine Baufortsetzung erlauben würde. Trotz großer Worte im Nationalrat, bei den Parteien, in den Landtagen ist nicht viel geschehen und die mit so vielen Hoffnungen erwartete Bausaison hat schwer enttäuscht. Der Verlust einer ganzen Saison für den Wohnhausbau bedeutet einen weiteren Ausfall an Wohnraum. Der in der letzten Sitzung des Nationalrates angenommene Gesetzentwurf über die Finanzierung des Wohnhauswiederaufbaues durch die Beiträge, um die die Besatzungskostensteuer verkürzt werden soll, stellt angesichts des ungeheuren Bedarfes an Wohnraum eine absolut unzulängliche Lösung dar. Die Gelder, die hierdurch flüssig gemacht werden können, belaufen sich nämlich für 1950 auf nicht mehr als 50 Millionen Schilling. Auf der anderen Seite besteht allein in den Städten und Großgemeinden Österreichs auf Grund einer Erhebung des österreichischen Städtebundes ein zusätzlicher Bedarf von 200.000 Wohnungen. Diese Erhebungen beschränken sich allerdings auf die 143 Städte und Großgemeinden, die dem Städtebund angeschlossen sind und die rund 50 Prozent der Gesamtbevölkerung Österreichs erfassen. Angesichts dessen, daß auch auf dem Lande Wohnungsmangel herrscht, wenn auch nicht so ein empfindlicher wie in den Städten, kann unser ungedeckter Wohnungsbedarf auf 200.000 bis 300.000 Einheiten geschätzt werden. Mit 50 Millionen Schilling können jedoch, selbst wenn man einen bestimmt sehr niedrig gerechneten durchschnittlichen Baupreis von 50.000 Schilling pro Kleinwohnung annimmt, höchstens 1000 Kleinwohnungen errichtet werden, was den zweihundertsten oder dreihundertsten Teil unseres Bedarfes darstellt.

Welche allgemeinen wirtschaftlichen Rückwirkungen diese Stagnation auf dem Bausektor hervorruft, geht aus einem soeben erschienenen Bericht der Handelskammer von Niederösterreich hervor, in dem festgestellt wird, daß die private Bautätigkeit heuer noch fast überhaupt nicht in Erscheinung getreten ist. Auch die Zahlungen aus dem Wiederaufbaufonds sind vor einiger Zeit plötzlich eingestellt worden, wodurch zahlreiche Baufirmen in eine schwierige Lage gebracht wurden und einige Bauten sogar stillgelegt werden mußten. Nur wenige Bauunternehmungen können daher in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit Vollbeschäftigung rechnen, während der Großteil der Betriebe mit Sorge der weiteren Entwicklung entgegen sieht.

Ebenso sind die Aufträge im Schlossergewerbe nur gering, so daß mit einem Rückgang der Beschäftigung gerechnet werden muß. Bei den Gas- und Wasserleitungsinstalleurem ist diese Reduzierung des Beschäftigtenstandes bereits vorgenommen worden. Die Lage des

Das Investitionsprogramm der österreichischen Regierung

Die Regierung hat soeben ihr für die Jahre 1950 bis 1952 ausgearbeitetes Investitionsprogramm vorgelegt. In seinem speziellen Teil behandelt es neunzehn verschiedene Gruppen der österreichischen Industrie, des Handels und der Landwirtschaft.

In der Landwirtschaft soll durch erhöhte Mechanisierung eine jährliche Erzeugungssteigerung von 1,7 Milliarden Schilling und dadurch eine Importersparnis von einer Milliarde erreicht werden.

Der Bergbau strebt eine Steigerung der Braunkohlenförderung von 4 auf 4,7 Millionen Tonnen an, wodurch die Abhängigkeit von Steinkohlenbezügen aus dem Ausland vermindert würde.

In der Energiewirtschaft rechnet man von 1952 an mit einer jährlichen Stromproduktion von 1684 Millionen Kilowattstunden, was einen Exportüberschuß von 188 Millionen Schilling erwarten läßt.

Die Exportsteigerung bei der eisenschaffenden Industrie soll 126 Millionen und die damit bewirkte jährliche Importersparnis 28 Millionen Schilling erreichen. Die eisenerzeugende Industrie soll gleichzeitig eine Exportsteigerung von 342 Millionen Schilling erzielen, die Elektro- und Kabelindustrie eine solche von 150 Millionen.

Die chemische Industrie erwartet mit einem Gesamtaufwand von 510 Millionen Schilling eine Ausdehnung ihrer inländischen Rohstoffbasis. Die Glasindustrie dürfte dann zu Exportsteigerungen von 38 Millionen Schilling gelangen, und die Papier- und Zelluloseindustrie will als Beitrag zum Ausgleich unserer Zahlungsbilanz Exporterhöhungen bis 20 Millionen Dollar anstreben.

Für die Textilindustrie sieht das Investitionsprogramm eine Wiedergewinnung der früheren österreichischen Stellung auf dem Weltmarkt vor. Die Exportsteigerung wurde mit 200 Millionen, die Importersparnis mit 425 Millionen Schilling errechnet, da auch eine Erweiterung der inländischen Rohstoffbasis in Aussicht genommen ist.

Schließlich noch der im Augenblick weitaus wichtigste Faktor: Baumaterial und Wohnungsbau. Das Investitionsprogramm beabsichtigt für die Bauindustrie einen sehr hohen Prozentsatz an Eigenkapital: zu den 150 Millionen Schilling, die Österreich aus eigener Kraft aufbringen will, sollen aus Marshall-Plan-Mitteln nur 13,5 Millionen Schilling hinzukommen. Das gesamte Bauvolumen für Wohnungsbau wird bis 1952 auf 1885 Millionen Schilling geschätzt, von denen 185 Millionen aus Marshall-Plan-Mitteln beigesteuert werden sollen.

Investitionen und Steuersystem

In den nächsten Jahren soll bekanntlich ein großzügiger Investitionsplan durchgeführt werden, der außer fremden Kapitalien auch Staatsgelder benötigt. Die Aufbringung letzterer kann nur durch Steuergelder erfolgen. Eine Erhöhung der Steuersätze, die in Österreich bis zu 96 Prozent des Einkommens gehen, ist nicht mehr möglich. Bei dieser Gelegenheit wird von sachkundiger Seite auf das falsche Steuersystem verwiesen, das bei uns im Gebrauch ist. Der Hauptteil der Steuerlast liegt gegenwärtig auf den direkten Steuern, d. h. vor allem der Einkommen- und Lohnsteuer, die nahezu die Hälfte unseres Gesamtsteueraufkommens ausmachen, während im Jahre 1937 nur rund 30 Prozent auf diese Kategorie entfielen. Einkommenbesteuerung aber heißt die Produktion zu besteuern, heißt, daß jeder, der mehr produziert — bzw. bei den Lohnsteuern, der mehr arbeitet — dafür sozusagen bestraft wird, da er, in scharf progressiven Sätzen, auch ein beträchtliches Mehr an Steuern zu leisten hat. Es dürfte wohl klar sein, daß dies nicht der richtige Weg zur Erhöhung der Produktion, noch auch der Produktivität ist. Auf der anderen Seite wird immer wieder gesagt — und zwar auch von Ausländern — daß wir zu viel konsumieren, d. h. über unsere Verhältnisse hinaus leben. Für die breite Masse unserer Bevölkerung trifft dies bestimmt nicht zu, wohl aber für eine gewisse Schicht der Konsumenten; denn rein zum Anschauen sind zahlreiche unserer Geschäfte bestimmt nicht mit den feinsten Luxuswaren gefüllt. Wäre es angesichts dieser Unterproduktion — und vor allem der geringen Produktivität unserer Wirtschaft — auf der einen und dem, wenn

auch auf eine gewisse Schicht beschränkten Überkonsum nicht zweckmäßig, eine Verlagerung auch der Steuerlast von der Produktions- auf die Konsumseite vorzunehmen?

Zu den vor allem ökonomischen Gründen, die dafür sprechen, kommen noch Argumente der reinen Steuertechnik dazu. Eine Untersuchung, die Ende 1930 in mehreren europäischen Staaten vorgenommen wurde, ergab, daß die Einkommensteuer durchschnittlich zwei Drittel der Kosten des gesamten Steuerapparates erforderte, aber nur knapp ein Drittel — in Österreich, wie erwähnt, rund 30 Prozent — des gesamten Steueraufkommens einbrachte. Außerdem ist die Einkommensteuer auf das Fassionsprinzip und damit auf die Ehrlichkeit des Steuerpflichtigen aufgebaut. Es ist nur natürlich, daß diese Ehrlichkeit in dem Maße abnimmt, als ihr zuviel zugemutet wird. Abgesehen von dieser sozusagen graduellen Steuermoral, die sich im umgekehrten Verhältnis zur Progression der Steuersätze bewegt, haben die bekannten Sperrkontenprozesse gezeigt, daß es nach Auffassung der Finanzbehörden auch Einkommen gibt, die überhaupt nicht steuerpflichtig sind — die auf illegalem Wege erworbenen Einkommen, die durch keine Einkommensteuer, wohl aber durch eine entsprechende Konsumbesteuerung erfaßt werden können.

Die einzigen ernstesten Argumente, die einer erhöhten Konsumbesteuerung entgegengehalten werden könnten, beziehen sich auf soziale Momente, vor allem die dadurch hervorgerufene Verteuerung der Lebenskosten. Man übersieht dabei jedoch, daß die Konsumsteuern ebenso, ja vielleicht noch wirkungsvoller gestaffelt

werden können wie die Einkommen- und Lohnsteuern, indem man primäre Bedarfsartikel — wie Brot, Fleisch, Mehl, Fett oder auch Arbeitskleidung bzw. Medikamente — überhaupt nicht besteuert, die Besteuerung der übrigen Konsumgüter aber nicht nur nach fiskalischen, sondern auch nach sozialen Gesichtspunkten vornimmt. Es bliebe dabei jedem die Möglichkeit offen, auch weiterhin so viel zu konsumieren wie bisher, jenen jedoch, die ihre Anstrengungen auf die Anlagen eines Produktiv- oder Sparkapitals richten wollen, wäre dies nicht von vornherein so erschwert wie heute. Eine Mehrleistung sowohl in persönlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht würde nicht bestraft, sondern belohnt werden. Daß diese Verlagerung des Schwergewichtes der Besteuerung nicht nur für die betrieblich-technische Produktivität, sondern auch für die Produktivität des einzelnen Arbeiters einen kräftigen Impuls darstellen würde, kann wohl kaum bestritten werden. Wohl sind auch der Konsumbesteuerung ökonomische Grenzen gesetzt. Denn jede zu große Diskrepanz zwischen Fabriks- und Verbraucherpreisen führt dazu, daß die Ware illegale Wege geht und der allgemeine Verteilungsapparat ausgeschaltet wird. Derartige Fehlleitungen müssen natürlich auch vermieden werden. Es würde sich daher bei der vorgeschlagenen Reform nicht um eine völlige Umstellung, sondern nur um eine, allerdings betonte Verlagerung des Schwerpunktes unseres Steuersystems von der Produzenten- auf die Konsumentenseite handeln.

Der Krieg in Korea

Die nordkoreanische Armee ist nach der Besetzung der gesamten Westküste, die mit der Einnahme von Hānam im äußersten Südwestzipfel der Halbinsel abgeschlossen wurde, landeinwärts eingeschwenkt und hat die mehr als 100.000 Einwohner zählende Stadt Suncheon auf dem halben Weg nach Pusan, dem Hauptnachschubhafen der Amerikaner an der Ostküste besetzt. Damit ist ganz Südwestkorea in Händen der Nordkoreaner. Im Mittelabschnitt haben die Nordkoreaner die amerikanischen Stellungen durchbrochen. In seinem Komunique kündigt der Oberkommandierende der Amerikaner, Mac Arthur, weitere Rückzüge an.

Labour-Abgeordneter gegen Kriegsabenteuer der britischen Regierung

In der Unterhausdebatte über die von der Regierung geplante Steuererhöhung versuchten die Regierungssprecher, die Ereignisse in Korea zur Rechtfertigung der Erhöhung der Militärausgaben zu verwenden. Der Labour-Abgeordnete Davis erklärte: „Sogar wenn ich in Gefahr gerate, nie wieder in dieser Kammer sprechen zu dürfen, werde ich dagegen protestieren, daß England seine Mittel für ausländische Abenteuer und nicht für soziale Maßnahmen im Lande selbst ausgibt. Die englischen Werktätigen wollen kein Geld für den Krieg ausgeben.“

König Leopold III. nach Belgien zurückgekehrt

König Leopold III. ist nach sechsjährigem Exil zur Schweiz kommend, nach Belgien zurückgekehrt. Das belgische Parlament hat sich mit 197 Stimmen der Christlichsozialen für die Rückberufung ausgesprochen. Die Sozialisten, Liberalen und Kommunisten waren dagegen. Ministerpräsident Duviolsart übermittelte dem König seinen Rücktritt. Die Sozialisten bekämpften den König und haben zum Streik aufgerufen. Als Protest gegen die Rückkehr des Königs wurden mehrere Sabotageversuche und Bombenanschläge verübt.

Heimfestspiele

Waidhofen a. d. Ybbs 1950

Unter der blühenden Linde

Samstag, 29. Juli, um 20 Uhr
 Sonntag, 30. Juli, um 15 Uhr
 Sonntag, 30. Juli, um 20 Uhr
 Samstag, 5. August, um 20 Uhr
 Sonntag, 6. August, um 15 Uhr
 Sonntag, 6. August, um 20 Uhr

Preise der Sitzplätze 5 bis 10 S, der Stehplätze 3 S.

Kartenvorverkauf ab Montag, 24. Juli 1950, 8 Uhr, an der Tageskasse im Rathaus, ebenerdig, Tür 4. Vorbestellungen von auswärts bei Fernruf 21.

Zimmerergewerbes ist abgesehen von der Stagnation der Bauwirtschaft auch durch die steigenden Holzpreise erschwert, so daß hier nicht nur Hilfsarbeiter, sondern auch Fachkräfte bereits entlassen werden mußten. Im Tischlergewerbe ist die Beschäftigungslage ebenfalls viel ungünstiger als im Vorjahr, so daß man einerseits auf Ratengeschäfte, andererseits aber auf den Abbau von Arbeitskräften zurückgegriffen hat. Die diesjährige

Bausaison muß also als zum größten Teil verloren abgeschrieben werden. Doch besteht auf Grund des Versprechens, daß die vor kurzem ergebnislos abgebrochenen Parteienverhandlungen über die Wohnbaufrage im Herbst wieder fortgesetzt werden, die Aussicht, wenigstens für das nächste Jahr nicht mit einer neuerlichen Verzögerung oder gar Stagnation rechnen zu müssen.

Niederösterreich sammelt für St. Stephan

Wie bereits berichtet, hat die niederösterreichische Landesregierung beschlossen, die Bevölkerung des Landes zu einer Sammlung für den Wiederaufbau des Domes von St. Stephan aufzurufen. Gleichzeitig hat sie die Garantie für eine Summe von 500.000 S übernommen. Die angekündigte Sammlung findet am 15. August 1950 statt. Die Landesregierung hat an die Bevölkerung folgenden Sammelauftrag gerichtet:

Niederösterreicher!

Im Ablauf der Geschichte war der Dom von St. Stephan mehrmals für Österreichs Volk ohne Unterschied der Bekenntnisse zum Symbol des Lebens geworden. Daher soll auch der Wiederaufbau der herrlichen Kathedrale nach den furchtbaren Zerstörungen des Jahres 1945 lebendiges Gleichnis für den Neuaufstieg und den Lebenswillen unseres Vaterlandes sein.

So wie der Neubau der Wirtschaft des Landes nur in der gemeinsamen Kraftanstrengung aller Bevölkerungsschichten verwirklicht werden kann — soll auch zum Aufbau des Domes jeder Österreicher seinen Teil beitragen.

Der Wiederaufbau der Stephanskirche darf keine Frage des Bekenntnisses, keine Frage der politischen Parteizugehörigkeit, sondern nur des kulturellen Empfindens und

der Ehrfurcht des österreichischen Volkes vor Geschichte und Kultur sein.

Die niederösterreichische Landesregierung wendet sich daher an die Bevölkerung des Landes mit der Bitte, ihr Scherlein für den Wiederaufbau dieses ehrwürdigen Wahrzeichens beizutragen.

Der mit Hilfe aller Österreicher wieder aufgebaute Dom von St. Stephan soll der Welt verkünden, daß Österreichs Volk an seine Zukunft glaubt und gewillt ist, seine historische und kulturelle Sendung getreu zu erfüllen. Der Aufbau des Domes ist eine Frage der Ehre und des Ansehens ganz Österreichs vor der Welt und vor kommenden Generationen.

Niederösterreicher, helft auch ihr durch eure Spenden mit, beides zu wahren!

Steinböck e. h.
Landeshauptmann.

Kargl e. h.
Landeshauptmannstellvertreter.

Popp e. h.
Landeshauptmannstellvertreter.

Brachmann e. h.
Landesrat.

Müllner e. h.
Landesrat.

Stika e. h.
Landesrat.

Waltner e. h.
Landesrat.

Genner e. h.
Landesrat.

Nachrichten

AUS ÖSTERREICH

In der letzten Sitzung des Salzburger Gemeinderates wurde beschlossen, **Bundespräsident Dr. Renner** in Anbetracht seiner großen Verdienste um die Salzburger Festspiele erstmalig die **goldene Mozartmedaille** zu verleihen.

Universitätsprofessor Dr. Saria und Frau Dr. Pascher haben den mit Unterstützung der burgenländischen Landesregierung im vorigen Jahr ausgegrabenen **römischen Gutshof** bei Winden einer weiteren Untersuchung unterzogen. Es wurde festgestellt, daß die erste Anlage des Gutshofes mit der römischen Anlage zur Zeit des Kaisers Trajan zusammenhängt. Der zweite Gutshof ging in den Markomannenkriegen zugrunde. Es ließen sich auch Spuren einer Wiederbenutzung der Ruinen in spätantiker Zeit feststellen. Die Funde an Kleingegenständen waren überwiegend Münzen und eine bronzene Ringfibel.

Dieser Tage kam es auf dem Kaiser-Josef-Platz in **Graz** zu einem **Auflauf** von ungefähr 200 Hausfrauen, die dagegen protestierten, daß einem Wiener Gemüsehändler der Verkauf von Paradeisern verboten werden sollte. Der Wiener Händler verkaufte die Paradeiser zu wesentlich billigeren Preisen als alle anderen Händler und hatte größten Zuspruch. Dies veranlaßte einheimische Händler zu einer Anzeige und der Grazer Magistrat verbot dem Wiener Händler, die in Burgenland erstandenen Paradeiser weiterhin zu verkaufen, mit der Begründung, daß der Wiener Händler keine Verkaufsbewilligung für den Grazer Platz habe. Die Frauen wollten jedoch den Weiterverkauf erzwingen, so daß schließlich Polizei eingesetzt werden mußte, um die demonstrierenden Hausfrauen abzurufen und den Verkauf zu unterbinden.

Die nervenleidende **Christine F.** aus Knittelfeld war entschlossen, in den Tod zu gehen. Sie stellte sich, ohne irgendeine Gemütsbewegung zu verraten, auf den Bahndamm und wartete in voller Ruhe auf das Herannahen des Wiener Eilzuges. Als der Zug heranbrauste, legte sie sich im letzten Augenblick **quer über die Schiene**. Der Lokomotivführer, der die Frau wahrgenommen hatte, gab sofort Gegendampf. Die Bremsen knirschten und der Eilzug kam fast zum Stehen. Bloß das vordere Laufrollrad rollte noch langsam über den Körper der Lebensmüden und schnitt ihn in zwei Teile. Die Frau wäre zu retten gewesen, hätte der freistesgegenwärtige Lokomotivführer die Maschine um bloß zwanzig Zentimeter früher anhalten können.

Seinerzeit wurden am Steinhof in Wien **zwei Leichen verwechselt**, was einen Prozeß zur Folge hatte. Es wurde damals die Leiche eines Schneidermeisters verbrannt, der normal beerdigt hätte werden sollen. Seine Verwandten fanden einen fremden Toten im Sarg, als das Begräbnis vorbereitet worden war. Jetzt ist es zwischen der Gemeinde und den Angehörigen zu einem Vergleich gekommen. Die Gemeinde Wien hat sowohl das „falsche Begräbnis“ als auch die irrtümlich durchgeführte Einäscherung bezahlt. Die Asche des Schneiders wird den Angehörigen übergeben, auch ein kirchliches Begräbnis der Urne wurde gewährt.

Ein **gräßliches Unglück** ereignete sich im Wörther-See. Ein Motorboot-Taxi überfuhr die in der Nähe des Ufers schwimmende Luise Matulka aus Wien. Die Frau geriet in die Schiffsschraube, die ihr den rechten Fuß am Kniegelenk abriß. Die Verunglückte, die in Pörschach ihren Erholungsurlaub verbrachte, wurde in die Unfallstation „Mariahilf“ nach Klagenfurt gebracht.

In einer Altmaterialeingrube der ehemaligen Wöllersdorfer Werke entstand durch das Wegwerfen eines brennenden Streichholzes ein **Brand von Pulverresten**, die noch vom ersten Weltkrieg herrührten. Hiedurch erlitten fünf Ortsbewohner der Gemeinde Wöllersdorf (Bezirk Wiener-Neustadt), die

in der Grube nach Altmetallen suchten, durch die sich plötzlich bildende Stichflamme Verbrennungen ersten und zweiten Grades. Brandschaden an Objekten entstand nicht.

AUS DEM AUSLAND

Ein junger Österreicher und seine Mutter, die als Pilger die Reise von Wien nach Rom viermal gemacht hatten, haben **10.000 österreichische Feuerzeuge** im Gesamtwert von 15 Millionen Lire aus Österreich nach Italien geschmuggelt. Bei der Durchsuchung ihrer Koffer nach der Ankunft in Rom wurde der Schmuggel entdeckt. Die beiden Österreicher wurden an die Grenze gebracht, nachdem sie eine Geldstrafe von fast einer Million Lire zahlen mußten.

Die Vorschule des Verbrechens

Eine interessante Film-Rundfrage in den USA.

Bekanntlich wird in Amerika die überwiegende Mehrheit der Kriminalverbrechen von Jugendlichen verübt und die Zahl dieser Verbrechen ist so groß, daß die Gefängnisse oft die Verurteilten nicht mehr unterbringen können. Bei der Ausbildung und Erziehung dieser Verbrecherkader spielt die Produktion Hollywoods keine unbedeutende Rolle. Tausende Filme, Millionen Kilometer Zelluloidband berichten von Raub, Überfall und „feuchten Angelegenheiten“, sie bearbeiten unaufhörlich und planmäßig das Bewußtsein der jugendlichen Zuschauer und impfen ihnen die Gedanken und Gewohnheiten von Banditen und Mördern ein.

Vor nicht allzu langer Zeit richteten zwei amerikanische Professoren, Herbert Blumer und Philipp Hauser, einen Fragebogen an die lernende Jugend Amerikas. Er enthielt nur eine Frage: „Was habt ihr beim Besuch von Gangsterfilmen gelernt?“

Hier einige besonders typische von den unzähligen Antworten.

Die jungen Kinobesucher, die am wenigsten von der Hollywooder Produktion angesteckt waren, lernten aus den Filmen folgende „nützliche“ Fertigkeiten: „Wie man Betrunkene bestiehlt“ oder „Wie man Brieftaschen zieht“. „Talentierte“ Bürschen interessierten sich für schwierigere Probleme. Sie fanden zum Beispiel heraus: „Wie man Schlösser mit dem Sperrhaken öffnet“, „wie man mit Hilfe eines Diamanten die Glasscheibe einer Tür heraus-schneidet, um das Schloß öffnen zu können“, „wie man einen Dietrich anfertigt und benützt“, „wie man ein Schloß mit einem Drillbohrer herausbohrt“ usw.

Jungen Leuten, die zwar schreiben und lesen gelernt haben, bis heute aber noch kein Einbrecherwerkzeug besitzen und nicht wissen, wie solches zu handhaben ist, haben die Gangsterfilme, gestützt auf authentische Quellen, anschaulich bewiesen, daß „man ein Schloß auch mit Hilfe einer gewöhnlichen Zange aufsperrern kann“. Hat man keine Zange, keine Sorge, dann geht es auch mit einem Schraubenzieher — „man schraubt die Türangeln ab und hebt die ganze Tür aus“. Schließlich „kann man die Tür auch einfach mit einer Eisenstange einschlagen“.

Ist der Einbruch aber aus irgendeinem Grund nicht möglich, so kann man sich, um in das Haus einzudringen, „als Gas- oder Wasserkassier oder als Elektromonteur ausgeben“.

Eine Reihe von Antworten, die von „qualifizierten“ Kinobesuchern eingesandt wurden, zeugt davon, daß für sie das Problem des Eindringens in eine Wohnung eine bereits vergangene Entwicklungsperiode ist. Sie interessieren sich für Fragen, die mit dem Raub selbst zusammenhängen, zum Beispiel: „Wie man Äther zur Betäubung der Bewohner verwendet“, „wie man beim

Oberst Charles Lindbergh, der als Erster den Ozean mit einem Flugzeug überflog, traf in dem Land seiner Väter — Schweden — ein. So bald sich Lindbergh bei den Zollbehörden in Helsingborg eingetragen hatte, verschwand er wie gewöhnlich. Selbst seine nächsten Verwandten wissen nichts von seinem Besuch, so daß wie bei seinem letzten Aufenthalt eine Jagd der schwedischen Presse nach dem berühmten Gast einsetzen wird.

In Falmouth, im amerikanischen Staat Massachusetts, hatte die bekannte Schauspielerin Paulette Goddard ein **ungewöhnliches Erlebnis**. Sie trat in Bernard Shaws „Cäsar und Kleopatra“ auf. Im zweiten Akt löste sich plötzlich der Reißverschluß ihres Kostüms und sie stand nackt auf der Bühne. Angesichts des unvorhergesehenen Kostümwechsels ließ man eiligst den Vorhang fallen. Man weiß nicht genau: Ist das eine Agitation der Konkurrenz gegen den Reißverschluß oder eine Reklame für die Künstlerin?

Vor der Tagung der britischen Ärztevereinigung vertrat Dr. J. I. Harris die Ansicht, daß das Alter, in dem sich ein Mann aus seinem Arbeitskreis zurückziehe, im Interesse der Gesundheit erhöht werden sollte. Sogar **mit 65 Jahren seien die Menschen noch zu Pensionierung zu jung**. Wenn jemand mit 65 Jahren seine Arbeit aufgebe, so gehe es unweigerlich abwärts mit ihm und er werde „zum medizinischen Problem“. Man solle das Pensionierungsalter auf 70 Jahre oder darüber hinaus verlegen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten wurde ein **Neger Richter** an einem Berufungsgerichtshof. Der ehemalige Distriktsrichter Hartie wurde auf Grund einer Genehmigung durch den Rechtsausschuß des Senats zum Richter an dem dritten amerikanischen Berufungsgerichtshof bestellt.

Die Engländer sind die **fleißigsten Zeitungsleser**. Bereits auf zwei Personen kommt eine Tageszeitung, da von 1000 Personen 570 Tageszeitungen kaufen. In den Vereinigten Staaten entfallen auf 1000 Personen 566 Radioapparate, was ungefähr demselben Verhältnis wie in England bei den Zeitungen entspricht. Die Gesamtauflage der Tageszeitungen in der Welt beträgt fast 219 Millionen, ferner sind mehr als 160 Millionen Radioapparate und mehr als 44 Millionen Kinositze vorhanden.

Auf einer Kunstausstellung in London wurde ein **unbekanntes Gemälde Rembrandts**, „Die Flucht der Heiligen Familie nach

Ägypten“ darstellend, mit dem Aufrufpreis von 500 Pfund zum Verkauf angeboten, um schließlich mit 10.000 Pfund Sterling verkauft zu werden. Das Gemälde, das in keinem Kunstverzeichnis vermerkt ist, befand sich vorher im Hause Lord Clintons an einem sehr dunklen Platz und war niemals gereinigt worden, bis es mit anderen holländischen Gemälden aus der Sammlung Lord Clintons auf die Auktion nach London gelangte.

Am 1. April 1950 betrug die **Gesamtbevölkerungszahl der Vereinigten Staaten** (ohne Außenbesitzungen) 150,5 Millionen, das sind nahezu 19 Millionen Menschen mehr als im Jahre 1940, als 131.669.275 Einwohner gezählt wurden. In den letzten 50 Jahren hat sich die amerikanische Bevölkerung verdoppelt. Die Zunahme von 1940 bis 1950 ist die bisher stärkste in einem Jahrzehnt. Kalifornien ist mit mehr als zehn Millionen Einwohnern von der fünften auf die zweite Stelle unter den amerikanischen Staaten gerückt. Es liegt damit knapp vor Pennsylvania, das auch mehr als 10 Millionen Einwohner hat. Newyork bleibt mit mehr als 14 Millionen Einwohnern weiter an der Spitze. Die geringste Bevölkerungszahl weist Nevada mit 158.378 Einwohnern auf.

In Niort (Frankreich) fand eine **außergewöhnliche Trauung** statt. Ein 17-jähriger Mann heiratete eine Sechzehnjährige, nachdem der Staatspräsident den Dispens erteilt hatte. Dazu kommt noch, daß das Ehepaar bereits zwei Kinder im Alter von zwei Jahren bzw. einem Monat hat.

Die **Bruttoprofiten von mehr als 1900 britischen Aktiengesellschaften** sind im ersten Halbjahr 1950 gegenüber der zweiten Hälfte des Vorjahres um 7,5 Prozent gestiegen. 1600 Gesellschaften haben insgesamt Profite in der Höhe von 664 Millionen Pfund, das sind rund 2 Milliarden Dollar, erzielt. Die Dividenden sind um rund 6 Prozent gestiegen.

In Smyrna hat eine Türkin **Vierlingen das Leben geschenkt**. Das außerordentliche Ereignis hat die Eltern bewogen, für die Kinder auch außerordentliche Namen zu wählen. Der Knabe erhielt den Namen „Freiheit“, die Mädchen „Gleichheit“, „Brüderlichkeit“ und „Gerechtigkeit“ benannt. Das Mädchen „Gerechtigkeit“ ist, wie aus Smyrna berichtet wird, ein wenig schwächer, man hofft aber, es am Leben zu erhalten.

Der ehemalige japanische Außenminister **Togo**, der bereits seit längerer Zeit herz- und leberleidend war, ist im amerikanischen Militärspital zu Tokio gestorben. Togo gehörte dem Kabinett Tojo an, das den Angriff auf Pearl Harbour beschloß. Er unterzeichnete im August 1945 die japanische Kapitulation an Bord des Kreuzers „Missouri“. 1948 wurde er gemeinsam mit anderen japanischen Politikern zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Dem Chirurgen des Mary-Hospitals in Chicago gelang es, die **erkrankte Niere** einer Patientin zu entfernen und sie durch die gesunde einer gerade verstorbenen Frau zu ersetzen. In der Geschichte der Medizin ist die Verpflanzung einer Niere zum erstenmal erfolgreich durchgeführt worden. An Tieren wurden derartige Versuche schon wiederholt mit guten Ergebnissen vorgenommen.

Der ehemalige kanadische Ministerpräsident **Mackenzie King** starb im Alter von 75 Jahren an den Folgen einer schweren Lungenerkrankung. Mackenzie King, der mehr als 21 Jahre Ministerpräsident seines Landes war, spielte in der Entwicklung Kanadas eine hervorragende Rolle. Er wurde zum erstenmal im Jahre 1908 in das Parlament gewählt und war dreißig Jahre lang Führer der Liberalen Partei Kanadas.

Mehr als eine Million Amerikaner unterzeichneten bisher den **Aufruf des Stockholmer Friedenskongresses für das Verbot der Atombombe**. Die Zahl der seit Beginn der amerikanischen Intervention in Korea abgegebenen Unterschriften beträgt mehr als 400.000.

Der Umfang der **Holzbeschaffung in der Sowjetunion steigt ununterbrochen**. 1950 wird er den Stand des Jahres 1940 um 90 Prozent übertreffen. Wie der Minister für Holz- und Papierindustrie der UdSSR, Georgi Orlow, in seiner Rede auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR mitteilte, wird die Holzbeschaffung heuer bereits zu 40 Prozent maschinell durchgeführt, während sie noch vor zwei Jahren nur zu 12 Prozent mechanisiert war. (TASS.)

Die **sterblichen Überreste Johann Sebastian Bachs** wurden nunmehr endgültig in einer Gruft der Leipziger Thomaskirche beigesetzt. Die Gruft wurde in die Treppengasse zum Chor der Thomaskirche eingebaut. Bisher war der Sarkophag J. S. Bachs in der Leipziger Johanniskirche aufgebahrt.

80.000 Wohnhäuser für Bayern, 3.800 Bauten für kulturelle und soziale Zwecke, 71.000 Wirtschaftsgebäude und verschiedene an Kollektivwirtschaften angeschlossene gewerbliche Betriebe werden heuer, wie der Deputierte Michail Gretschna in seiner Rede auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR mitteilte, in der Ukraine errichtet. 4.000 Dörfer, d. h. jedes vierte ukrainische Dorf, werden nach architektonischen Plänen völlig neugestaltet. (TASS.)

Die Jagd in Österreich

Nach der Jagdstatistik 1948 hatte Österreich 9578 Jagdgebiete. Davon waren 14 Tiergärten, 4598 Eigenjagdgebiete und 4966

